

Die Spuren der Gastarbeit: das schwierige Wechselverhältnis von sozioökonomischer Exklusion und soziokultureller Integration am Beispiel von TürkInnen in Ternitz

Horvath, Kenneth

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Horvath, K. (2006). Die Spuren der Gastarbeit: das schwierige Wechselverhältnis von sozioökonomischer Exklusion und soziokultureller Integration am Beispiel von TürkInnen in Ternitz. *SWS-Rundschau*, 46(2), 174-197. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164430>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Spuren der Gastarbeit

Das schwierige Wechselverhältnis von sozioökonomischer Exklusion und soziokultureller Integration am Beispiel von TürkInnen in Ternitz

Kenneth Horvath (Wien)

Zwei Themenkomplexe werden im migrationssoziologischen Zusammenhang immer wieder problematisiert: Phänomene der sozioökonomischen Exklusion (Ausschluss im Sinn von Ausgrenzung und Randständigkeit) und der soziokulturellen Integration von ZuwanderInnen. Diese stehen begrifflich in einem engen Wechselverhältnis, die genaue Form ihres Zusammenhangs wird aber ebenso selten thematisiert wie ihre gemeinsame Wurzel: die Gastarbeit der 1960er- und 1970er-Jahre. Am Beispiel von TürkInnen in Ternitz – einer altindustriellen Kleinstadt im südlichen Niederösterreich – sollen die Prozesse der Exklusion und Integration als Folgewirkungen der Arbeitsmigration beleuchtet werden. Beschrieben werden die intergenerationelle Entwicklung der Lebenslage, die Bildungsmobilität und die mit ihr verbundenen Interpretationsschwierigkeiten sowie die widersprüchliche Entwicklung des identifikativen Bezugs zur österreichischen Gesellschaft – so ist etwa die erste Generation dieser MigrantInnen deutlich stärker an österreichischer Politik interessiert als die Folgegenerationen. Abschließend wird gezeigt, wie sich Generationen-, Lebenslagen- und Periodeneffekte auswirken.

Keywords: labour migration, socio-cultural integration, socio-economic exclusion, Turkish migrants in Austria

1. Einleitung

Die Gastarbeit der 1960er- und 1970er-Jahre hat in zahlreichen österreichischen Städten und Gemeinden dauerhaft ihre Spuren hinterlassen. Vor allem kleinere, industriell geprägte Ortschaften versprechen reichhaltiges und aufschlussreiches Forschungsmaterial zur Frage, wie sich Migrationsmuster, Lebenslage und Identitätsbildung von ehemaligen GastarbeiterInnen und ihren Nachkommen entwickelt haben.

Ternitz, eine altindustrielle Kleinstadt im südlichen Niederösterreich, ist dafür ein Paradebeispiel. Die Geschichte und Entwicklung der 15.000-EinwohnerInnen-Gemeinde ist eng an die ansässige Industrie, vor allem an die Stahlwerke von Schoeller-Bleckmann, gebunden. Tatsächlich kann erst mit Beginn der Industrialisierung ernsthaft von einer Ternitzer Stadtgeschichte gesprochen werden: Ende des 18. Jahrhunderts wird Ternitz noch als »ein aus wenigen Häusern bestehendes Dörfel« mit kaum mehr als 50 EinwohnerInnen beschrieben (Tötzer 1998, 1 und Harather 1998, 198). Das Stahlwerk brachte bis Mitte der 1970er-Jahre ein beachtliches Bevölkerungswachstum und hinterließ deutliche Spuren in der sozialräumlichen wie auch in der politischen Struktur der Region. Heute symbolisiert es eine tief greifende Krise: Ab

Mitte der 1970er-Jahre wurde vor dem Hintergrund weltweiter Umwälzungen in der Stahlindustrie die Produktion auf hochspezialisierte Fertigung umgestellt. Im Zuge der Restrukturierungen wurde die Belegschaft innerhalb weniger Jahre auf ein Viertel reduziert. Die regionale Politik richtet ihre Krisenstrategie auf die Ansiedlung produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen aus – ein Unterfangen, das bisher nur bedingt erfolgreich war (Harather 1998, 359 – 375, Million 1998, Scherz 2001, Eder 2004).

Der ökonomische Nachkriegsaufschwung war in Ternitz ebenso wie die anschließende Wirtschaftskrise von bedeutenden Migrationsbewegungen begleitet, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Die offensichtlichste Konsequenz ist der relativ hohe AusländerInnenanteil in der Region: In Ternitz lag er im Jahr 2001 bei 7,7 Prozent, in der von Ternitz eingeschlossenen Gemeinde Wimpassing¹ gar bei 14,1 Prozent, der niederösterreichische Durchschnitt betrug im Jahr 2001 6,1 Prozent (ISIS-Datenbank der Statistik Austria). Diese Zahlen beinhalten nur ausländische StaatsbürgerInnen. Die tatsächliche Größe der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund – also unter Einbeziehung von eingebürgerten MigrantInnen und jenen der zweiten Generation – kann nur geschätzt werden, liegt aber wohl deutlich über 10 Prozent; beispielsweise pflegen laut Volkszählung 2001 12,7 Prozent der TernitzerInnen eine nicht-deutsche Umgangssprache. Die zentrale Rolle spielen dabei MigrantInnen aus der Türkei – sie machen bis heute die größte Gruppe an ZuwanderInnen aus.²

Im Rahmen eines Diplomarbeitprojekts (Horvath 2005) wurde nun am Beispiel von Ternitzer TürkInnen den Folgewirkungen der Gastarbeit nachgegangen. Die zentralen Forschungsfragen waren:

Wie entwickelt sich erstens die sozioökonomische Situation und zweitens der soziokulturelle Bezug zur österreichischen Gesellschaft – in welchen Bereichen zeigt sich eine positive Entwicklung und in welchen eher Stagnation oder gar ein negativer Trend?

Wie sieht vor allem die Wechselwirkung zwischen der ökonomischen und der kulturellen Dimension aus?

Ein spezieller Fokus lag auf der intergenerationellen Entwicklung, also darauf, inwiefern sich die zweite MigrantInnengeneration von der ersten unterscheidet.

Im Folgenden wird nach einigen Bemerkungen zum begrifflichen und methodischen Bezugsrahmen (Kap. 2) zunächst ein Überblick über die Methodik der Studie (Kap. 3) gegeben. Anschließend werden zentrale Ergebnisse präsentiert. Dabei zeigen sich im Hinblick auf die sozioökonomische Entwicklung (Kap. 4) anhaltend prekäre Lebensbedingungen – und Schwierigkeiten in der Beurteilung der Bildungs- und so-

1 Zu beachten ist, dass Wimpassing eine ausschließliche Industriegemeinde ist. Ternitz hat dagegen eine Reihe von Ortsteilen, die ländlich geprägt sind.

2 Unter »MigrantInnen aus der Türkei«, »TürkInnen« und Personen mit »türkischem Migrationshintergrund« werden in diesem Artikel Personen verschiedener ethnischer Herkunft (u. a. KurdInnen) verstanden. Da sich in Bezug auf die Forschungsfragen und Ergebnisse der Untersuchung keine relevanten Unterschiede gezeigt haben, wird für die gesamte aus der Türkei stammende Bevölkerung bzw. für Personen mit türkischem Migrationshintergrund der Begriff »TürkInnen« in einem weiteren Sinn verwendet. Auf KurdInnen wird dann ausdrücklich verwiesen, wenn eine genauere Differenzierung notwendig ist.

zialen Mobilität der zweiten Generation. Auf soziokultureller Ebene (Kap. 5) ergeben sich auf dieser Grundlage widersprüchliche Befunde – als Beispiel dient u. a. die Entwicklung des Interesses für österreichische Politik. In Kapitel 6 wird schließlich die komplexe Wechselwirkung der verschiedenen Problemdimensionen am Beispiel der Entwicklung des identifikativen Bezugs zu Österreich erläutert. Die methodische Vorgehensweise ist dabei vom Milieuansatz (Vester u. a. 2001) inspiriert.

2. Zur sozialwissenschaftlichen Debatte – von der Integration zur Ungleichheit

Das schwierige Wechselverhältnis von sozialer Ungleichheit und kulturellen Unterschieden hat in der deutschsprachigen Soziologie in den letzten Jahren wieder verstärkt Beachtung gefunden. So war etwa der Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2004 diesem Thema gewidmet (Rehberg 2006). Speziell in der Migrations- und Integrationsforschung spielen die Phänomene der sozioökonomischen Exklusion (im Sinn von Ausschluss als Ausgrenzung bzw. Randständigkeit) und der soziokulturellen Integration eine prominente Rolle. Diese stehen – wie am Ende von Kapitel 3 noch erläutert wird – bereits begrifflich in einem engen Wechselverhältnis, die genaue Form ihres Zusammenhangs wird aber ebenso selten problematisiert wie ihre gemeinsame Wurzel: die Gastarbeit der 1960er- und 1970er-Jahre.

Mit Gastarbeit wird üblicherweise die aktive Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte von Anfang/Mitte der 1960er-Jahre bis 1974, dem Jahr der so genannten Ölkrise bezeichnet. Aufgrund verschiedener Faktoren (Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte, Ausweitung des Bildungs- und des Pensionssystems, hohe Geburtenrate) waren im Anschluss an den Nachkriegsaufschwung speziell in niedrig entlohnten Wirtschaftsbereichen österreichische Arbeitskräfte knapp geworden. Auf Betreiben der Wirtschaftskammer wurde daher mit der gezielten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vor allem aus der Türkei und aus Jugoslawien begonnen. Gesucht wurden flexibel und kostengünstig einsetzbare Arbeitskräfte; die GastarbeiterInnen sollten, dem Konjunkturverlauf entsprechend, für einen abgegrenzten Zeitraum kommen und danach wieder in ihre Heimatstaaten zurückkehren.

Aufgrund des hohen administrativen Aufwands gingen aber zahlreiche Unternehmen dazu über, ihre ausländischen ArbeiterInnen länger als vorgesehen zu beschäftigen. Zusehends wurden außerdem die offiziellen Rekrutierungskanäle umgangen und direkt Bekannte und Verwandte von bereits Beschäftigten angeworben. Es ist daher schwierig, ein klares Ende der Gastarbeit zu definieren, der Übergang zu dauerhafter Niederlassung und Familiennachzug war fließend.

Österreich folgte mit der Gastarbeit einem internationalen Muster. In zahlreichen westeuropäischen Staaten wurde nach dem Zweiten Weltkrieg dieser Weg beschritten. Bei allen nationalen Besonderheiten kann allgemein festgehalten werden, dass ArbeitsmigrantInnen zwei Bedingungen erfüllen mussten, um ihrer wirtschaftlichen Funktion – billige und flexibel einsetzbare Arbeitskräfte zu sein – bestmöglich zu entsprechen: Erstens durften sie keine dauerhafte Perspektive mit ihrem Aufenthalt ver-

knüpfen, zentral war daher die zeitliche Befristung der Zuwanderung (in Österreich durch das so genannte Rotationsprinzip) (Zolberg 1991, 310, Parnreiter 1994, 127). Zweitens war die wahrgenommene Fremdheit der MigrantInnen von grundlegender Bedeutung. Nur weil sie anders waren, konnten auch extreme Ausbeutungsverhältnisse und juristische Diskriminierung der breiten Öffentlichkeit legitim erscheinen (Parnreiter 1992, 70, Parnreiter 1994, 27 – 43).

Das – auch in Österreich diagnostizierbare – sozialtheoretische und politische Dilemma besteht nun darin, dass genau jene Bedingungen, die eine Zuwanderung in der Zeit der Gastarbeit erst möglich gemacht hatten, einer weitergehenden Integration bzw. Gleichstellung entgegenstanden (und das bis heute tun) (Zolberg 1991, 318). Konkret: Perzipierte Fremdheit und nicht auf Dauer ausgelegte Aufenthaltsverläufe mit allen Folgewirkungen (Wohnsituation u. ä.) wurden zum Problem, als sich im Lauf der Jahre die Migrationsmuster zu ändern begannen und Aufenthaltsverfestigung sowie Familiennachzug die Oberhand gewannen (siehe etwa Parnreiter 1992, Bauböck 1996, 12 – 16).

Die Änderung der Migrationsmuster brachte somit Folgeprobleme, die nach politischen Lösungen verlangten. In diesem Zusammenhang wurde Integration zum beliebten politischen Schlagwort. Der staatlichen Politik ging es dabei nicht um die Beseitigung von Diskriminierung bzw. um die Gleichberechtigung der MigrantInnen, sondern um die Herstellung bzw. Wahrung des »sozialen Friedens«: Konflikte zwischen MigrantInnen und Einheimischen sollten ebenso vermieden werden wie ein Aufbäumen der GastarbeiterInnen gegen ihre soziale und politische Schlechterstellung. Wie sollte mit den neuen Gesellschaftsmitgliedern umgegangen werden, deren Anwesenheit eigentlich auf ihrer Nicht-Mitgliedschaft beruhte? Mit der Notwendigkeit politischer Maßnahmen wuchs auch der Bedarf an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und Konzepten. Die Sozialforschung reagierte auf die entstandene Nachfrage: Ansätze, die Integration zum Fokus der Migrationssoziologie machten, gewannen in der Folge an Einfluss und blieben bis in die 1990er-Jahren dominant.

In diesem Zeitraum kam es in Europa neuerlich zu Umwälzungen im Zusammenspiel von Migrationsmustern, Migrations- und Integrationspolitik sowie sozialwissenschaftlicher Migrationsforschung. In Österreich machte sich das zunächst in einem massiven Anstieg der Neuzuwanderung in den Jahren 1989 bis etwa 1993 bemerkbar, wobei das Spektrum von Familiennachzug über Saisonbeschäftigung bis zu Fluchtbewegungen reichte (Gächter 1992, 48, Münz u. a. 2003, 25 – 30). Der Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung blieb nicht folgenlos. Neben einer Zunahme ausländischerInnenfeindlicher Übergriffe traten vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Stagnation soziale Exklusionstendenzen stärker zu Tage. Diese wurden etwa am Beispiel der Armutgefährdung, der hohen Arbeitslosenzahlen oder der Wohnverhältnisse von MigrantInnen diskutiert (Biffl 2003, Förster/Heitzmann 2003, Kohlbacher/Reeger 2003). Entgegen vielfältigen Erwartungen zeigten sich dabei auch für die Nachkommen der ArbeitsmigrantInnen massive Probleme speziell im Hinblick auf hohe Arbeitslosigkeit und geringen Bildungsaufstieg (Herzog-Punzenberger 2003). Diese Phänomene waren von Diskussionen um die (kulturelle) Integration der zweiten Generation begleitet (Beiwil u. a. 1995, Hämmig 2000).

Soziokulturelle Integration und sozioökonomische Exklusion sind damit zwar Dauerthemen der Migrationssoziologie der letzten Jahre, sie werden aber meist relativ isoliert diskutiert. Der Zusammenhang zwischen ihnen wird, wenn überhaupt, in der Regel in Form von mehrdimensionalen Integrationsmodellen konzeptualisiert. Im Anschluss an Esser (Esser u. a. 1979, Esser 1980) werden dabei vier Hauptdimensionen der Eingliederung unterschieden:

1. die kognitive Assimilation (Normen- und Wertkenntnisse, Sprachbeherrschung, Verhaltenssicherheit);
2. die strukturelle Assimilation (Einkommen, soziale Mobilität, Berufsprestige);
3. die soziale Assimilation (Bestehen von Kontakten zu Einheimischen, Partizipation an Einrichtungen, De-Segregation) und
4. die identifikative Assimilation (Rückkehr- und Einbürgerungsabsicht, Traditionspflege und ethnisches Zugehörigkeitsgefühl, Wahlbeteiligung, etc.).

Essers mehrdimensionales Modell der Eingliederung hatte großen Einfluss auf die deutschsprachige Migrations- und Integrationsforschung der vergangenen Jahrzehnte, wengleich der von Esser aus der US-amerikanischen Migrationsforschung übernommene Begriff der »Assimilation« in vielen Fällen durch »Integration« oder »Eingliederung« ersetzt wurde. Dabei wird häufig eine »hypothetische Kausalstruktur« (Treibel 1999) entworfen, der zufolge die kognitive Eingliederung am Beginn des Prozesses steht. Auf ihrer Grundlage kann es zur strukturellen und in der Folge zur sozialen Eingliederung kommen. Am Ende steht die identifikative Assimilation bzw. Integration. »Nach dieser Annahme steht und fällt der gesamte Prozess mit der *kognitiven* Assimilation, insbesondere mit dem Spracherwerb bzw. der Sprachbeherrschung« (Treibel 1999, 141).

Nach wie vor ist zu bemerken, dass die deutschsprachige Migrationsforschung sich »in enger Anlehnung an das Integrationskonzept der Ausländerpolitik gebildet« hat (Berger 1990, 126). So orientieren sich sowohl gängige Integrationsmodelle als auch der politisch-öffentliche Diskurs vorwiegend an Individuen: MigrantInnen und ihre Nachkommen stehen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses und sind AdressatInnen politischer Maßnahmen.

Besonders im Kontext der Arbeitsmigration ist die Orientierung auf Individuen problematisch. Gesamtgesellschaftliche Konstellationen geraten aus dem Blickfeld. Damit werden zentrale Erklärungsfaktoren ausgeblendet: Unzureichende Bildungsangebote, mangelnde Chancen am Arbeitsmarkt, Diskriminierungen etwa bei der Wohnungssuche und fehlende Mitbestimmung sind ebenso von den MigrantInnen als Einzelpersonen unabhängige Faktoren wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Gastarbeit geführt haben, oder die hohen Kosten für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft. Werden diese strukturellen Faktoren nicht berücksichtigt, kann das Phänomen Arbeitsmigration mitsamt seiner Folgewirkungen nicht in seiner Gesamtheit erfasst werden. Die komplexe Wechselwirkung von individuellen und strukturellen Faktoren bleibt unterbeleuchtet.

Für die Ternitzer Untersuchung wurde daher zusätzlich zu Forschungsansätzen aus der Migrations- und Integrationssoziologie auf weiterreichende Konzepte zur Ana-

lyse sozialer Ungleichheit zurückgegriffen. Für die Erhebung und die Auswertung der Daten war dabei das Konzept des »sozialen Milieus« von zentraler Bedeutung (Vester u. a. 2001). Dieses impliziert eine analytische Trennung von sozioökonomischen und soziokulturellen Aspekten und legt bestimmte Auswertungstechniken zur anschließenden Untersuchung ihrer Zusammenhänge nahe (für nähere Details siehe Horvath 2005).

3. Methodik

Kernstück der Studie war eine Fragebogenerhebung, die im Zeitraum Juni bis September 2004 stattfand. Für den Fragebogen wurden Anregungen aus verschiedenen Studien aufgegriffen. Zu nennen sind eine groß angelegte Milieustudie aus Deutschland (Vester u. a. 2001), eine Untersuchung des Instituts für Konfliktforschung in Kooperation mit dem Institut für empirische Sozialforschung zur Situation von MigrantInnen in niederösterreichischen Städten (IKF/IFES 2005) sowie die Eurobarometer-Umfragen zur sozialen Exklusion (Gallie/Paugam 2002).

Die Befragung fand – trotz meiner persönlichen Anwesenheit bei den Interviews – schriftlich statt, wobei sowohl eine deutsche als auch eine türkische Version des Fragebogens zur Verfügung standen. Der Erhebung gingen eine ausgedehnte explorative Phase mit zahlreichen Einzel- und Gruppengesprächen sowie eine Pretest-Phase voraus, in der beide Versionen des Fragebogens getestet wurden.

Befragt wurden insgesamt 113 Personen mit türkischem Migrationshintergrund in Ternitz sowie eine vorwiegend aus Wien stammende Kontrollgruppe von 61 Personen. 40 Prozent der Stichprobe hatten die türkische, der Rest die österreichische Staatsbürgerschaft. 61 Prozent kamen in der Türkei zur Welt. 37 Prozent konnten der ersten MigrantInnengeneration, 15 Prozent der eineinhalbten und 48 Prozent der zweiten Generation zugerechnet werden (für eine nähere Definition siehe Kap. 4.2). Nach Migrationsmotiven betrachtet, überwiegen zwei Motive: tatsächliche Arbeitsmigration und Familiennachzug. Für jene, die nach 1989 eingewandert sind, kommt Flucht als Wanderungsmotiv verstärkt ins Spiel. Eine genaue Aufschlüsselung ist schwierig, weil in der Regel eine Mischung von Motiven vorliegt. In der Stichprobe sind etwas mehr Männer vertreten (54 Prozent). Nach Altersgruppen betrachtet, zeigt sich eine leichte Überrepräsentation jüngerer Personen. Insgesamt entsprechen die Alters- und Geschlechtsverteilung relativ genau den (geschätzten) Verhältnissen in der Grundgesamtheit (Horvath 2005, 102 – 103).

Die Befragten wurden in unterschiedlichen Zusammenhängen ausgewählt: in Vereinen, in religiösen Einrichtungen, am Arbeitsmarktservice, bei größeren sozialen Aktivitäten sowie in Schulen. Die Selektion der Orte und Aktivitäten erfolgte im Zuge der explorativen Phase in Absprache mit den fünf Ternitzer MigrantInnenvereinen, wobei auf Ausgewogenheit zwischen politischen, kulturellen und religiösen Vereinen/ Aktivitäten geachtet wurde. Die konkrete Auswahl von Personen vor Ort wurde im Hinblick auf eine möglichst breite Streuung von als wichtig angesehenen Variablen wie Zugehörigkeit zu einer bestimmten MigrantInnengeneration, Geschlecht, Alter,

Berufstätigkeit oder Aktivität in Vereinen getroffen. Beispielsweise erwies es sich aufgrund von Sprach-, Kultur- und Bildungsbarrieren als schwierig, Frauen der ersten Generation zu erreichen – daher konzentrierte sich die Befragung am Ende der Erhebung auf diese Gruppe. Ohne die aktive Unterstützung von KurdInnen und TürkInnen vor Ort wäre das nicht zu bewältigen gewesen – sie stellten u. a. die Kontakte her und halfen in der Interviewsituation mit Übersetzungstätigkeiten.

Zur Interpretation der präsentierten Ergebnisse sind zwei Bemerkungen angebracht:

Erstens ist zu betonen, dass keine Zufallsstichprobe vorliegt; die Ergebnisse können daher nicht ohne weiteres als repräsentativ gelten. Das war allerdings auch nicht das Ziel der Studie. Im Mittelpunkt standen Zusammenhangsanalysen. Weitere Details zum Ablauf der empirischen Untersuchung – zur Gestaltung des Fragebogens, zum Stichprobendesign sowie zu Auswertungstechniken – finden sich in Horvath (2005).

Zweitens muss das Verhältnis zwischen der Ternitzer Gruppe und der Wiener Kontrollgruppe im Auge behalten werden. Auswertungstechnisch wurden für den Großteil der Studie die Ternitzer und die Kontrollgruppe zunächst gemeinsam betrachtet. Erst in einem zweiten Schritt wurde, je nach Fragestellung unter Kontrolle von Drittvariablen sowie unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus der explorativen Phase, die Ternitzer Stichprobe auf Besonderheiten getestet.

In den meisten Fällen unterschied sich zwar das Antwortverhalten der Ternitzer Gruppe nicht von jenem der Kontrollgruppe, dennoch sind zwei Umstände zu beachten. Erstens waren teilweise durchaus spezielle Ternitzer Problemlagen zu registrieren (wie etwa die Wohnsituation, dazu mehr in Horvath 2005, 76–78 und 110); diese bilden aber nicht den Fokus dieses Artikels. Zweitens ist die Tragweite und Bedeutung vieler sozialer Probleme in einer Kleinstadt anders als in einer Großstadt. So kann etwa ein neuer Arbeitsplatz in einer Kleinstadt schwerer zu finden sein; in der Regel gibt es weniger Bildungsangebote; auch das kulturelle (herkunftslandspezifische, österreichische oder interkulturelle) Angebot ist normalerweise weniger diversifiziert. In die anschließend präsentierten Ergebnisse flossen aufgrund der allgemein gehaltenen Fragestellungen sowohl die Daten der Ternitzer als auch der Kontrollgruppe ein.

Im Folgenden werden zunächst Schlaglichter auf soziale Exklusionstendenzen geworfen. Der Begriff der Exklusion zielt hauptsächlich auf Aspekte von Ausgrenzung bzw. Randständigkeit der Lebenslage ab: Einkommenssituation, Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Armut, Bildungssituation, soziale Mobilität. In Kapitel 4.1 wird zunächst die Armutsgefährdung diskutiert. Im Anschluss daran behandelt Kapitel 4.2 die zentrale Frage der intergenerationellen Statusverbesserung, wobei der Fokus auf der Bildungsmobilität liegt. Auf Grundlage der Beschreibung von Lebenslage und sozialer Mobilität werden in Kapitel 5 ausgewählte Aspekte der kulturellen Integration diskutiert. Integration bezieht sich vorwiegend auf jene Bereiche, die das kulturelle Selbstverständnis und den sozialen Bezug zur österreichischen Gesellschaft betreffen: Sozialkontakte, Interesse für österreichische (oder türkische) Politik, Identifikation mit Österreich sowie politische, soziale oder religiöse Aktivitäten. Es zeigt sich eine

widersprüchliche Dynamik, deren Determinanten abschließend näher untersucht werden (Kap. 6).

Die von den beiden Begriffen Exklusion und Integration abgedeckten Bereiche überschneiden sich in gewisser Weise: So wird z. B. die Bildung der Exklusion, der Spracherwerb aber der Integration zugerechnet, obwohl die Schule ein wichtiger Ort des Spracherwerbs und das Erlernen der Mehrheitssprache ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsprozesses ist. Zur Beantwortung der Fragestellung, wie sich die Lebenssituation und das kulturelle Selbstverständnis entwickeln sowie gegenseitig beeinflussen, war jedoch die Trennung dieser Begriffe erhebungs- und auswertungstechnisch notwendig.

4. Sozioökonomische Exklusion in Ternitz

4.1 Stabile Prekarität

Schon die Berufsstruktur der Stichprobe zeigt deutlich die Spuren der Gastarbeit: 45 Prozent der Befragten sind HilfsarbeiterInnen, 23 Prozent FacharbeiterInnen. Die konkrete Tätigkeit rückt dabei in den Hintergrund. Nach ihrem Beruf gefragt, antworten 25 Befragte »ArbeiterIn« – die mit Abstand häufigste Nennung. Es folgen Schlosser, Schweißer, Fräser, Maurer, Maler und Dreher. Frauen nennen Putzdienste, Kassierin, Krankenschwester und Friseurin. Insgesamt arbeiten 51 Prozent in industriellen Branchen bzw. im Bauwesen, 37 Prozent im Dienstleistungsbereich. Die typischen Tätigkeitsprofile der MigrantInnen wirken sich direkt auf ihre Einkommenssituation aus. Das höchste monatliche Netto-Einkommen in der Stichprobe beträgt ca. 2.000 Euro. Der Median³ liegt bei 1.050 Euro, ein Viertel verdient weniger als 700 Euro. Die Einkommen streuen relativ wenig, 50 Prozent der Einkommen liegen zwischen 700 und 1.200 Euro.

Trotz einer ähnlichen Verteilung der Arbeitszeiten verdienen die Frauen in der Stichprobe deutlich weniger: 78 Prozent der Frauen liegen unter dem Median (davon exakt die Hälfte im ersten Einkommensquartil⁴), dagegen fallen 38 Prozent der Männer in das höchste und weitere 31 Prozent in das zweithöchste Quartil.

In den niedrigeren Einkommen der Frauen spiegelt sich die schlechtere Einkommenssituation in den weiblich dominierten Branchen wider: Während im Dienstleistungsbereich 57 Prozent der Beschäftigten unter das Medianeinkommen fallen, erzielen im produzierenden Bereich 69 Prozent der Befragten ein Einkommen über dem Median. Allerdings zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen Hilfs- und FacharbeiterInnen: 86 Prozent der FacharbeiterInnen, aber nur 45 Prozent der HilfsarbeiterInnen erzielen ein überdurchschnittliches Einkommen. Im Dienstleistungssektor sind es 43 Prozent.

3 Bei einer nach der Größe sortierten Folge von Messwerten liegt der Median genau in der Mitte. D. h. im vorliegenden Fall: 50 Prozent der Stichprobe haben ein Einkommen unter und 50 Prozent über dem Median.

4 Das erste Quartil ist jener Wert, unter dem – analog zum Median – bei nach Größe sortierten Werten 25 Prozent der Fälle liegen.

Tabelle 1: Einkommensverteilung nach Geschlecht, Branche und Berufsstatus
(Anteile in Prozent)

	erstes Quartil bis 700 €	zweites Quartil bis 1.050 €	drittes Quartil bis 1.200 €	viertes Quartil bis 2.000 €
Frauen (n = 41)	39,0	39,0	14,6	7,3
Männer (n = 64)	14,1	17,2	31,3	37,5
Industrie, Produktion, Bauwesen (n = 48)	6,3	25,0	31,3	37,5
Dienstleistungen (n = 29)	27,6	34,5	6,9	31,0
HilfsarbeiterInnen (n = 42)	14,3	40,5	28,6	16,7
FacharbeiterInnen (n = 22)	9,1	4,5	27,3	59,1
Angestellte (n = 14)	21,4	35,7	21,4	21,4

Quelle: Horvath (2005), 105–108

Ein Vergleich mit den Einkommenswerten für ganz Niederösterreich verdeutlicht das Ausmaß des Armutsrisikos unter den Befragten. Das Medianeinkommen lag in Niederösterreich im Jahr 2003 bei 1.607 Euro, im Bezirk Neunkirchen, in dem sich Ternitz befindet, mit 1.602 Euro geringfügig darunter. Das macht schätzungsweise einen durchschnittlichen Nettolohn von 1.135 Euro monatlich aus. Die üblicherweise berechnete Grenze zur Armutsgefährdung – 60 Prozent des Medianeinkommens – beträgt rund 690 Euro (AK-NÖ 2003, 6). Ein Viertel der Stichprobe wäre demnach akut armutsgefährdet.

Alle Angaben zur Einkommenssituation und vor allem daraus gezogene Schlüsse auf Armutsgefährdung sind aber mit Vorsicht zu betrachten. Die Berechnung des Medianeinkommens beruht auf den ungewichteten Personeneinkommen und berücksichtigt daher weder das Haushaltseinkommen, das für die Abschätzung von Armutsrisiken zentral ist, noch unterschiedliche Arbeitszeiten. Das Medianeinkommen kann daher nur der ungefähren Orientierung dienen.

Die bisher diskutierten Daten spiegeln einen an einem objektiven Maßstab orientierten Armutsbegriff wider. Davon ist die *subjektiv empfundene Armut* zu unterscheiden. Als subjektiv arm gilt, wer das Gefühl hat, weniger Geld zur Verfügung zu haben als für einen angemessenen Lebensstandard unbedingt notwendig wäre (Gallie/Paugam 2002, 10). Eine Möglichkeit, einen subjektiven Armutsbegriff zu operationalisieren, besteht darin, nach finanziellen Problemen in essenziellen Lebensbereichen zu fragen. In der Ternitzer Erhebung wurde diesbezüglich allgemein nach dem finanziellen Auslangen sowie speziellen Problembereichen (wie etwa Wohnkosten) und nach Ursachen für Geldnöte (Arbeitslosigkeit, Gesundheitsprobleme, etc.) gefragt.

56 Prozent der Befragten geben an, nur mit Schwierigkeiten mit ihrem Haushaltseinkommen das Auslangen zu finden. Dabei meinen 23 Prozent aller RespondentInnen, große Schwierigkeiten zu haben. Für zwei von vier konkreten Bereichen, nämlich »Miete« und »Kreditrückzahlung«, erklären über die Hälfte der Befragten, mit finan-

ziellen Problemen konfrontiert zu sein: 27 Prozent geben an, große Schwierigkeiten beim Aufbringen der Miete zu haben, weitere 28 Prozent nennen zumindest geringe Probleme. Die Rückzahlung von Krediten macht 24 Prozent große und weiteren 26 Prozent geringe (aber nennenswerte) Probleme. Das Bezahlen von Rechnungen für Wasser, Strom/ Gas und Heizung wird von 17 Prozent resp. 28 Prozent als großes bzw. geringes Problem eingestuft. Einzig bei den Kosten für Lebensmittel meint eine klare Mehrheit von 64 Prozent, problemlos auszukommen.

Ein Vergleich mit den Resultaten der Eurobarometer-Umfrage (Gallie/Paugam 2002, 34 – 47), die sehr ähnlich formulierte Fragen umfasst, illustriert die prekäre Situation der (ehemaligen) GastarbeiterInnen: Der höchste nationale Anteil an Personen, die angeben, Probleme mit den Wohnkosten zu haben, beträgt – in Portugal – knapp über 30 Prozent, für das erste (unterste) Einkommensquartil liegt der Wert in Portugal noch immer unter 50 Prozent. In Westdeutschland sind die Werte deutlich niedriger als 10 Prozent (bzw. 20 Prozent für das unterste Einkommensquartil).

Der zentrale Risikofaktor für Armutsgefährdung ist Arbeitslosigkeit. Ihre Auswirkungen zeigen sich etwa bei der subjektiven Armutseinschätzung: 68 Prozent der in den vergangenen fünf Jahren von Arbeitslosigkeit Betroffenen (28 von 41 Personen) berichten, dass sie nur mit Schwierigkeiten finanziell das Auslangen finden – der Rest der Stichprobe kommt auf 44 Prozent. In der Gruppe der Arbeitslosen haben 41 Prozent große Probleme beim Bezahlen der Miete – gegenüber 17 Prozent bei den nicht direkt von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Für Energiekosten, Kreditrückzahlungen und Lebensmittelfinanzierung lässt sich ein ähnlicher Zusammenhang feststellen. Unter allen Faktoren birgt Arbeitslosigkeit damit das höchste Verarmungsrisiko.

4.2 Bildungs- und soziale Mobilität

Angesichts der präsentierten Ergebnisse zur Armutsgefährdung muss davon ausgegangen werden, dass die Lebensverhältnisse der ehemaligen GastarbeiterInnen weiterhin prekär sind. Was lässt sich aber über die Entwicklung im Zeitverlauf aussagen? Sind Verbesserungen festzustellen oder bestehen die Probleme weiterhin?

Eine nahe liegende Art und Weise, Richtung und Qualität von mit Migration und Integration verbundenen Entwicklungen zu untersuchen, ist der Vergleich von MigrantInnengenerationen. Die Frage, wie sich die sozioökonomische Situation und der kulturelle Bezug zur Aufnahmegesellschaft im Vergleich von erster und zweiter MigrantInnengeneration entwickeln, ist aber auch darüber hinaus von politischem und wissenschaftlichem Interesse. Dass sowohl ethnisch geprägte Identifikationsmuster als auch prekäre Bildungs- und Arbeitsmarktlagen über Generationengrenzen hinweg von Bedeutung sind, zeigt, wie komplex die mit der Arbeitsmigration verbundenen Problemlagen sind. Daher konzentrieren sich die folgenden Kapitel auf den Vergleich von erster und zweiter Generation.

Schon die Definition der MigrantInnengenerationen erfordert einige nicht triviale Entscheidungen. Es liegt zunächst nahe, bereits in Österreich geborene Personen als Angehörige der zweiten Generation zu definieren. Damit werden jedoch jene nicht erfasst, die den wesentlichen Teil ihrer Sozialisation in Österreich erlebt haben, weil

sie vor dem Schuleintritt immigriert sind. Andererseits werden Personen einbezogen, die für einen bestimmten Zeitraum in die Türkei zurückgewandert sind, um dort z. B. eine Ausbildung zu erhalten. (Von den 62 in Österreich geborenen Mitgliedern der Stichprobe erhielten immerhin fünf ihre Ausbildung in der Türkei.) Die Orientierung am Geburtsort wird somit dem sozialen Problem nicht gerecht: Denn die Sozialisation im Vorschulalter erfolgt auch in Österreich vorwiegend innerhalb der Familien, und ob diese Zeit in Österreich oder der Türkei verbracht wird, ist relativ unerheblich.

Stattdessen wurde in der vorliegenden Untersuchung die Zugehörigkeit zu einer bestimmten MigrantInnengeneration über das Alter zum Zeitpunkt der Migration (Alter minus Aufenthaltsdauer) operationalisiert. Als Randbedingung kommt der Schulbesuch dazu. Wer in Österreich eine Schullaufbahn durchlaufen hat, gilt als Angehörige/r der zweiten Generation. Wer einen Teil der Ausbildung in Österreich, einen anderen in der Türkei absolviert hat, gilt als Mitglied der eineinhalbten Generation. Konkret wurden Personen, die zum Zeitpunkt der Einreise älter als sechs, aber jünger als 19 Jahre waren, dann zur eineinhalbten Generation gezählt, wenn sie mindestens zwei Bildungsjahre in Österreich verbracht hatten. Nicht berücksichtigt werden in dieser Generationendefinition die Variablen Geburtsort und Staatsbürgerschaft, die in anderen Untersuchungen – meist aus pragmatischen Gründen (Identifikation von Personen mit Migrationshintergrund) – die zentrale Rolle spielen (Hämmig 2000, Herzog-Punzenberger 2003).

Ausgangspunkt der Darstellung zur intergenerationellen Mobilität soll die Bildungssituation sein. Aufgrund der Art der Stichprobenziehung lässt die vorliegende Untersuchung keine repräsentativen Aussagen über Bildungsniveau und Mobilität zu. Da Jugendliche vor allem über Schulen erreicht wurden, erfolgte zwangsläufig eine Überschätzung des Bildungsaufstiegs – Jugendliche ohne bzw. mit niedrigem Bildungsabschluss hatten nur eine geringe Chance, in die Stichprobe zu kommen. Auf die Gültigkeit von Aussagen über die Bedeutung der Bildung und ihre Stellung im Integrationsprozess wirkt sich diese Einschränkung allerdings nicht aus.

Trotz der systematischen Überschätzung des Bildungsniveaus zeigt sich in der Ternitzer Stichprobe ein relativ niedriges Bildungsniveau. 60 Prozent haben höchstens einen Pflichtschulabschluss, 11 Prozent nur eine Volksschule absolviert und zwei Befragte (knapp 1 Prozent) weisen überhaupt keinen Schulabschluss auf. Dem stehen 17 Prozent mit einem Lehr- oder Fachschulabschluss gegenüber. Matura haben 17 Prozent und einen Hochschulabschluss 6 Prozent. Nach den Angaben der Befragten zu schließen, ist ihr Bildungsniveau damit aber immer noch höher als jenes ihrer Eltern. Von den Vätern der Befragten haben 85 Prozent höchstens einen Hauptschulabschluss; 38 Prozent nur einen Volksschul- und 17 Prozent gar keinen Schulabschluss. Unter den Müttern ist das Bildungsniveau noch schlechter: 24 Prozent haben eine Hauptschule absolviert – 69 Prozent weisen maximal einen Volksschulabschluss auf oder haben gar keine Schule absolviert.

Bei der Bildungsmobilität – also der Entwicklung der Bildungsabschlüsse im Vergleich zur Elterngeneration – fällt für die Angehörigen der ersten Generation in der Stichprobe folgendes auf: Es gibt einen großen Anteil von Personen (64 Prozent), die

höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen; die Reproduktionsrate dieser Bildungsstufe zwischen Befragten der ersten Generation und ihren Eltern beträgt fast 80 Prozent. Allerdings wird hier ein relativer Aufstieg insofern verschleiert, als von jenen Befragten, deren Väter höchstens einen Volksschulabschluss haben, 53 Prozent zumindest einen Hauptschulabschluss erreicht haben (insgesamt 37 Befragte). Die Beurteilung der Mobilität der ersten Generation ist darüber hinaus inhaltlich schwierig, weil die räumliche Mobilität der sozialen gegenübersteht. Bezogen auf die Herkunftsgesellschaft ergibt sich unter Umständen ein beachtlicher, auch als solcher wahrgenommener Aufstieg.

In der zweiten Generation nimmt die Bildungsmobilität markant zu. Werden aktuelle, noch nicht abgeschlossene Ausbildungen berücksichtigt, erreichen 71 Prozent ein höheres Bildungsniveau als ihre Väter. Auf den ersten Blick scheint es also nicht nur zu einem deutlichen Bildungsaufstieg der zweiten Generation zu kommen, sondern auch noch zu einer Beschleunigung der Mobilität im Vergleich zu jener der ersten Generation. Allerdings sind hier, abgesehen von der zuvor genannten methodischen Einschränkung, auch einige inhaltliche Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Zuschreibung zu Branchen und beruflichen Tätigkeitsprofilen bleibt unabhängig vom Bildungsniveau über die Generationen hinweg stabil. Die Verteilung der Branchenzugehörigkeit verändert sich kaum: In der eineinhalften und zweiten Generation arbeiten 50 Prozent in Industrie, Produktion oder Bauwesen – in der ersten Generation sind es 53 Prozent. Meist besteht der Bildungszuwachs im Abschluss einer Lehre oder Fachschule. 61 Prozent der zweiten Generation absolvieren die Pflichtschule oder machen eine Lehre. Auch bei den MaturantInnen zeigt sich eine gewisse Neigung zu berufspraktischer Ausbildung: Unter jenen, die es bis zur Matura schaffen, besucht die überwiegende Mehrzahl eine Handelsakademie (HAK) (davon sind fast 70 Prozent weiblich), eine Matura an einer Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS) legt hingegen kaum ein/e türkischer/e SchülerIn ab. Nur drei Jugendliche mit türkischem Hintergrund besuchten im Schuljahr 2003/04 die Oberstufe der AHS Neunkirchen, in der HAK waren es rund 30 (da eine Identifikation nur anhand der Namen möglich war, sind diese Zahlen zwangsläufig ungenau). Von 23 SchülerInnen in der Stichprobe, die derzeit eine Schule mit Maturaabschluss besuchen, gehen zwei in eine AHS. »Die Bildungslaufbahn, die zum/ zur FacharbeiterIn führt, scheint die erfolgreichste Route in Österreich für Heranwachsende mit türkischem bzw. ex-jugoslawischem Hintergrund zu sein« (Herzog-Punzenberger 2003, 33).

2. Der zu beobachtende Aufstieg ist, weil er allein schon durch den Wechsel des schulrechtlichen Bezugssystems zustande kommt, zumindest teilweise ein Migrationsartefakt. Die Regelungen zur Schulpflicht wie auch die realen Schulbesuchspraktiken unterscheiden sich in Österreich deutlich von jenen der (v. a. ländlichen Regionen der) Türkei. Augenfällig wird dieser Umstand beim Bildungsniveau der Mütter der Befragten: 69 Prozent von ihnen haben höchstens einen Volksschulabschluss. Ein relativer Bildungsaufstieg ist vor diesem Hintergrund wenig überraschend.

3. Dem Bildungsaufstieg der zweiten steht der wahrgenommene soziale Aufstieg der ersten Generation gegenüber. Die Migration führte in vielen Fällen im Vergleich

mit dem Herkunftsland zu einem relativen sozialen Aufstieg, der auch als solcher wahrgenommen wird. In zahlreichen Gesprächen mit Angehörigen der ersten Generation war der Stolz auf das Erreichte deutlich zu bemerken. Dieser mag die beschränkte Besserstellung der zweiten Generation kompensieren oder auch überwiegen.

Auch die berufliche Situation weist auf einen gewissen Aufstieg der eineinhalbten und zweiten MigrantInnengeneration hin. Der hohe Anteil von HilfsarbeiterInnen in der Stichprobe geht zum größten Teil auf das Konto der ersten Generation: von 60 Prozent geht der Anteil in der eineinhalbten Generation auf 38 Prozent zurück, in der zweiten Generation arbeiten nur mehr 26 Prozent als HilfsarbeiterInnen. Der Anteil von FacharbeiterInnen steigt parallel von 13 Prozent in der ersten auf 32 Prozent in der zweiten Generation (in der eineinhalbten sind es gar 38 Prozent). Bei den Angestellten ist eine Zunahme von 4 Prozent in der ersten über 13 Prozent in der eineinhalbten bis 36 Prozent in der zweiten Generation zu verzeichnen. Der Berufsstatus ist dabei eng an den Bildungserwerb geknüpft. 83 Prozent der HilfsarbeiterInnen haben höchstens einen Pflichtschulabschluss, 46 Prozent der FacharbeiterInnen zumindest eine Lehre absolviert.

Außerdem sind Angehörige der zweiten Generation deutlich seltener arbeitslos, mit ihrer Arbeit zufriedener und erwarten sich öfter eine weitere Verbesserung ihrer beruflichen Situation. Der Anteil jener, die in den letzten fünf Jahren arbeitslos waren, geht von 48 Prozent in der ersten und 42 Prozent in der eineinhalbten auf 24 Prozent in der zweiten Generation zurück. In der zweiten Generation schätzen 65 Prozent ihren Arbeitsplatz als mehr oder weniger sicher ein, in der ersten gilt dies nur für 31 Prozent. Der Anteil jener, die mit ihrer Arbeit zufrieden sind, steigt von 31 Prozent bzw. 50 Prozent auf 66 Prozent in der zweiten Generation. In der zweiten Generation erwarten 43 Prozent eine Verbesserung ihrer beruflichen Situation, in der ersten sind es nur 17 Prozent.

Alle diese Unterschiede resultieren aus dem höheren Berufsstatus und damit aus dem höheren Bildungsniveau. Wird der Berufsstatus kontrolliert, werden also nur Personen mit gleichem Berufsstatus verglichen, korreliert keine der genannten Variablen mehr mit der Generationszugehörigkeit. Das lässt sich an zwei Beispielen zeigen:

1. Arbeitslosigkeit: Die HilfsarbeiterInnen in der Stichprobe sind mit 41 Prozent häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als die FacharbeiterInnen mit 24 Prozent. Zwar geht der Anteil der Arbeitslosen unter FacharbeiterInnen von 33 Prozent in der ersten auf 20 Prozent in der zweiten Generation zurück. Unter HilfsarbeiterInnen ist aber eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen: Ihr Anteil steigt von 39 Prozent auf 43 Prozent.

2. Arbeitszufriedenheit: Die Zufriedenheit mit der Arbeit korreliert in der Gesamtstichprobe hochsignifikant mit der Generationszugehörigkeit. Wird die Korrelation getrennt nach Berufsstatus berechnet, ist der Zusammenhang deutlich schwächer.

Zusammenfassend zeigt sich ein begrenzter und stark über den Bildungserwerb vermittelter sozialer Aufstieg der zweiten MigrantInnengeneration. Im folgenden Kapitel wird nun diskutiert, ob diese bedingten Verbesserungen, wie von Stufenmodellen der Integration unterstellt, von entsprechenden Entwicklungen auf soziokultureller Ebene begleitet werden.

5. Soziokulturelle Integration in Ternitz

5.1 Gibt es »Türknitz«?

Nicht nur in Bezug auf ihre Lebenslage befinden sich die Ternitzer TürkInnen im Vergleich mit der lokalen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in einer sozialen Randlage. Ihrer ökonomischen Funktion und den Erwartungen der einheimischen Bevölkerung entsprechend, wird MigrantInnen der »Status von Nicht-Gesellschaftsmitgliedern« (Treibel 1999, 227) zugeschrieben. Augenfällig wird das etwa bei der (Selbst-)Darstellung von Ternitz: MigrantInnen spielen darin keine Rolle. Auf der Homepage der Stadt (www.ternitz.at) findet sich kein Hinweis auf Menschen nicht-österreichischer Herkunft. Die Auflistung der Religionsgemeinschaften kennt zwar sieben römisch-katholische Kirchengemeinschaften und eine evangelische Pfarrgemeinschaft sowie eine Postadresse für die Baptistengemeinde, zum alevitischen Gebetshaus oder zur Moschee in Ternitz findet sich kein Wort. Eine lange Liste von Vereinen nennt 18 Eisschützenvereine, aber keinen einzigen türkischen oder kurdischen Kulturverein – trotz Eintrag im Telefonbuch und eigenen Klubräumen.

Die soziale Randständigkeit kommt auch in der von der Stadtgemeinde herausgegebenen »Geschichte der Region und Stadt Ternitz« (Harather 1998) zum Ausdruck. Zweimal werden MigrantInnen dort erwähnt. Zunächst wird festgestellt, dass »es eine ständige Nachfrage nach Arbeitskräften (gab), die in Ternitz durch ›Gastarbeiter‹ gedeckt wurde« (347), die dann auch als erste gekündigt wurden (364).⁵ Erwähnt sei, dass die Stadtgeschichte im Untertitel eine »besondere Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Aspekte« verspricht.

Der Negierung auf der einen Seite steht Überzeichnung auf der anderen gegenüber. In der Wahrnehmung breiter Teile der Bevölkerung spielt die ausländische Bevölkerung eine bedeutende Rolle, vor allem die türkische. Das zeigte sich im Rahmen eines Forschungspraktikums des Instituts für Soziologie der Universität Wien im Wintersemester 2003/2004⁶ (Eder 2004). Von mehreren im Zuge der Studie befragten Einheimischen wurde Ternitz als »Türknitz« bezeichnet (Beceren/Hofinger 2004). Für die von Ternitz umgebene Gemeinde Wimpassing schätzten österreichische GesprächspartnerInnen, dass dort 500 TürkInnen und 300 ÖsterreicherInnen wohnten. Tatsächlich lebten in Wimpassing laut Volkszählung 2001 1.915 Personen, darunter 270 AusländerInnen, wovon wiederum 131 türkische StaatsbürgerInnen waren; in der Türkei geboren waren 164, Türkisch als Umgangssprache gaben 233 an.⁷

TürkInnen sind in Ternitz beides – (in der offiziellen Darstellung) unsichtbar und (als perzipierte Problemgruppe) omnipräsent. Vor diesem Hintergrund stellt sich die

5 Auf Seite 372 findet sich noch eine Bemerkung zu Wahlerfolgen und zur »Sündenbockpolitik« der FPÖ – ein Bezug zu Ternitz wird aber nicht hergestellt.

6 Die Untersuchung war der Entwicklung der Region Ternitz gewidmet und beschäftigte sich mit verschiedenen Aspekten des versuchten Wandels von der Stahlstadt zum Dienstleistungszentrum.

7 Thema der von StudentInnen des Forschungspraktikums geleiteten Diskussionen war die Beurteilung von Möglichkeiten für die Jugend der Region. AusländerInnen wurden jeweils von den Jugendlichen selbst ins Gespräch gebracht. Diese Gespräche wurden im Rahmen eines von Prof. Anselm Eder geleiteten Forschungspraktikums geführt (siehe dazu näher Beceren/Hofinger 2004).

Frage, wie sich der soziale und kulturelle Bezug dieser MigrantInnen zur österreichischen Gesellschaft im Verlauf der Generationen entwickelt. Dem aktuellen Stellenwert in der politisch-öffentlichen wie auch in der sozialwissenschaftlichen Debatte entsprechend, sollen Sprachkenntnisse und Sprachgebrauch den Ausgangspunkt bilden.

5.2 *Sprache als Hauptproblem?*

In der Ternerter Erhebung zeigt sich wenig überraschend, dass Kenntnisse und alltäglicher Gebrauch der deutschen Sprache im Lauf der MigrantInnen-Generationen stark zunehmen: In der zweiten Generation stuften 91 Prozent ihre Kenntnisse als gut ein, in der eineinhalbten Generation glauben 71 Prozent, Deutsch wirklich zu beherrschen – dies gilt hingegen nur für 24 Prozent der ersten Generation. Für den Sprachgebrauch ergeben sich ähnlich markante Ergebnisse: 45 Prozent der zweiten Generation sprechen de facto ausschließlich Deutsch, weitere 36 Prozent vorwiegend. Die entsprechenden Anteile der ersten Generation betragen 4 Prozent bzw. 16 Prozent.

Den stärksten Einfluss auf Sprachgebrauch und Sprachkenntnisse haben die in Österreich verbrachten Bildungsjahre (die Aufenthaltsdauer an sich hat relativ wenig Bedeutung). Die Zusammensetzung des Freundeskreises ist der zweite auffällig wirksame Faktor.

Zum sozialwissenschaftlichen Fokus auf den Spracherwerb sind vor diesem Hintergrund zwei Bemerkungen angebracht. Erstens: Sprache ist mit Sicherheit eine notwendige, aber bei weitem keine hinreichende Bedingung für die erfolgreiche Statusverbesserung in Österreich. Dafür ist in erster Linie eine entsprechende Ausbildung notwendig. Zweitens: Der engen Wechselwirkung von Sprache und Bildung liegt keine eindeutige Kausalrichtung zugrunde. Dass Spracherwerb die Voraussetzung für die Teilnahme am Bildungssystem ist, gilt ebenso wie umgekehrt, dass über das Bildungssystem der Spracherwerb effizient erfolgen kann. Meines Erachtens ist damit Bildung das Hauptproblem und die Sprachproblematik davon abgeleitet. Vom Standpunkt der sozialen Ungleichheit aus betrachtet scheint es zweifelhaft bzw. kritikwürdig, den Problemfokus auf den Spracherwerb zu verschieben. Das lässt sich unter anderem damit illustrieren, dass die berufliche Besserstellung der zweiten Generation erstens deutlich hinter den Fortschritten beim Spracherwerb zurückbleibt und zweitens nur über Bildung vermittelt zustande kommt.

Während der Sprachgebrauch und die hier nicht näher diskutierte Zusammensetzung von Freundes- und Bekanntenkreisen dem idealtypischen Eingliederungsverlauf folgen, zeigt sich für die Partizipation an der und für den kulturellen Bezug zur österreichischen Gesellschaft ein deutlich diffuseres und widersprüchlicheres Bild. Das soll am Beispiel der politischen Partizipation illustriert werden.

5.3 *Politische Partizipation*

Politische Einstellungen und Partizipationsmuster wurden in der Erhebung in mehreren Frageblöcken untersucht. Neben in diesem Artikel nicht diskutierten Items zu grundsätzlichen politischen Einstellungsmustern wurden das Interesse an politischen Themen sowie der Wille erhoben, sich an unterschiedlichen Wahlen zu beteiligen. Aus

den sechs Items zu den politischen Interessen wurden drei einfache Summenindizes gebildet:

1. allgemeines politisches Interesse, zusammengesetzt aus Interesse für den Irakkrieg sowie für Flüchtlingspolitik;
2. österreichbezogenes Interesse als Summe von Interesse für die Europaparlamentwahlen und für die Arbeiterkammerwahlen – wobei es um das prinzipielle Interesse etwa an Diskussionen über diese Wahlen, nicht aber um die Wahlbeteiligung ging;
3. türkeispezifisches Interesse, welches den Zypernkonflikt sowie die Diskussion über den Beitritt der Türkei zur EU umfasst.⁸

Auf jedes der sechs Items konnte mit Angaben auf einer fünfstufigen Skala geantwortet werden (1 = gar kein Interesse, 5 = starkes Interesse). Zur Indexbildung wurden dann die Werte für die jeweiligen Items addiert: wird etwa das Interesse für den Zypernkonflikt mit 3 (mittel) bewertet und das Interesse für den Beitritt der Türkei zur EU mit 5 (stark) beurteilt, ergibt sich für das türkeispezifische Interesse ein Wert von 8. Die Werte der Indizes reichen dementsprechend jeweils von 2 (kein Interesse) bis 10 (starkes Interesse) (für Details zur Indexkonstruktion siehe Horvath 2005, 89 – 90 und 118 – 124).

Zunächst fällt im Vergleich der Generationen ein gewisser Entpolitisierungsprozess auf: Das allgemeine politische Interesse geht in der zweiten Generation signifikant zurück – auf dem entsprechenden Index erzielt die erste Generation im Schnitt 7,46 Punkte, die zweite Generation 6,09, die eineinhalbte erreicht den Wert 7,08. Überraschend sind vor allem die Unterschiede beim österreichspezifischen Interesse – auch hier kommen die Angehörigen der ersten Generation auf einen signifikant höheren Indexwert (7,02 gegenüber 6,39), die eineinhalbte Generation erreicht den niedrigsten Wert (5,13). Keine nennenswerten Unterschiede gibt es dagegen beim türkeispezifischen Interesse – hier geht der Mittelwert von 6,82 in der ersten auf 6,53 in der zweiten Generation zurück. Während also das Interesse für türkeispezifische Fragen in der Generationenabfolge ziemlich konstant bleibt, verringert sich jenes für österreichische politische Themen.

Wenn das politische Interesse tatsächlich abnimmt, ist auch mit weniger Interesse an direkter politischer Partizipation zu rechnen. Diese Annahme bestätigt sich mit überraschender Deutlichkeit. Gemeinde- und Nationalratswahlen (bei denen türkische StaatsbürgerInnen nicht wahlberechtigt sind) interessieren in der ersten Generation 88 Prozent bzw. 79 Prozent, in der zweiten Generation würden sich nur mehr 47 Prozent bzw. 49 Prozent an den entsprechenden Wahlen beteiligen. Ebenso deutlich,

8 Die Indexbildung erfolgte auf der Grundlage einer Hauptkomponentenanalyse (zum Verfahren siehe Tabelle 2 in Kap. 6) und wurde mit der üblichen Maßzahl (Cronbach's Alpha) auf ihre statistische Zulässigkeit überprüft. Zusätzlich wurde die inhaltliche Plausibilität anhand der Korrelation mit anderen Variablen (etwa Wahlverhalten) sowie mit Material aus persönlichen Gesprächen kontrolliert. Die Arbeiterkammerwahlen wurden ausgesucht, weil sie zum Untersuchungszeitpunkt 2004 aufgrund der Kandidatur von Ternitzer KandidatInnen generationenübergreifend ein wichtiges Thema waren. Bemerkenswerterweise unterscheidet sich die zweite MigrantInnengeneration in Bezug auf das Interesse an dieser Wahl nicht stärker von der ersten Generation als im Hinblick auf die anderen Items für politisches Interesse.

aber aufgrund der niedrigeren Erwerbsbeteiligung weniger überraschend, fallen die Unterschiede bei Arbeiterkammerwahlen und Betriebsratswahlen aus: Während 88 Prozent der ersten Generation bei Arbeiterkammer- und 83 Prozent bei Betriebsratswahlen – für beide sind auch türkische StaatsbürgerInnen unter bestimmten Umständen wahlberechtigt – ihre Stimme ganz sicher abgeben würden, trifft dies nur auf 49 Prozent bzw. 45 Prozent der zweiten Generation zu. Zu beachten ist, dass nur nach der prinzipiellen Motivation, sich an Wahlen zu beteiligen, und nicht nach dem tatsächlichen Wahlverhalten gefragt wurde. Anders wären die Antworten von österreichischen und türkischen StaatsbürgerInnen nicht vergleichbar.

Die Vermutung liegt nahe, dass sich in diesen Ergebnissen die Stichprobensamensetzung niederschlägt: Ältere Personen wurden vorwiegend über Vereine, jüngere zu einem großen Teil über Schulen erreicht. Die in Vereinen aktiven Personen haben, so könnte man argumentieren, prinzipiell ein höheres Interesse an Politik, womit die Werte der zweiten Generation künstlich niedrig gehalten würden. Doch auch eine getrennte Berechnung für die in Schulen erhobenen Daten und für die über die Vereine organisierten Befragten zeigt kein anderes Bild. Im Gegenteil: Die in den Schulen befragten Personen der zweiten Generation erweisen sich als politisch stärker interessiert (höhere Indexwerte), speziell an türkeispezifischen Fragen.

Der Rückgang an politischem Interesse bzw. Engagement im Generationenvergleich kann meines Erachtens nur über das Fehlen positiver Zugangsmöglichkeiten zu (österreichischer) Politik erklärt werden. Damit gewinnen wahrgenommene Missstände als Motive für politisches Engagement die Oberhand. Zwei Indizien machen dies plausibel:

1. Die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen korreliert positiv mit dem politischen Interesse. Insgesamt geht das Ausmaß an wahrgenommener Diskriminierung in der zweiten Generation zwar nur leicht zurück, es ändern sich aber die Bereiche, in denen Diskriminierung wahrgenommen wird. Der positive Zusammenhang besteht auch dann, wenn die Generationenzugehörigkeit kontrolliert wird (Horvath 2005, 138).
2. Zentrale Variablen zur Lebenslage korrelieren negativ mit dem politischem Interesse. Je schlechter die Lebenssituation in Österreich (Berufsstatus, Einkommen, Betroffenheit von Arbeitslosigkeit), desto eher zeigt sich politisches Interesse (Horvath 2005, 145–147). Wieder gilt diese Beobachtung auch für die einzelnen Generationen.

Die bisherigen Ergebnisse illustrieren, dass Stufenmodelle der Integration den komplexen Folgewirkungen der Arbeitsmigration nicht gerecht werden. Wie eingangs diskutiert, gehen diese Modelle von einem idealtypischen Integrationsverlauf aus, der bei der kognitiven Assimilation⁹ (vor allem Spracherwerb) beginnt. Auf dieser Grundlage kann dann die strukturelle Assimilation erfolgen (etwa berufliche Gleichstellung), die

9 Esser (1980 und 2006) verwendet, wie in Kapitel 2 erwähnt, den Begriff der »Assimilation«. In der deutschsprachigen Literatur zur Migrationsforschung ist »Integration« oder »Eingliederung« gebräuchlicher (wobei allerdings auch diese Begriffe nicht mit »Assimilation« gleichzusetzen sind) – entsprechend werden dieselben Dimensionen häufig als »kognitive Integration«, etc. bezeichnet.

wiederum die soziale (wie etwa Freundschaften) begünstigt. So kommt es schließlich zur identifikativen Assimilation.

Ausgehend von einem solchen Stufenmodell würde sich aus den Ergebnissen der Ternitzer Erhebung das folgende, verwirrende Bild ergeben: Eine deutliche Entwicklung ist auf Stufe 1 bemerkbar (kognitiv – diskutiert am Beispiel des Spracherwerbs), vergleichsweise deutlich geringere Veränderungen sind auf Stufe 2 (strukturell – Beispiele waren die Berufsstruktur und die Bildungsmobilität) feststellbar. Auf Stufe 3 (sozial – Sozialkontakte) sind wieder deutliche, im Rahmen dieses Artikels nicht näher diskutierte, Entwicklungen zu beobachten – interethnische Freundschaften und Bekanntschaften nehmen in der Generationenabfolge markant zu. Stufe 4 (identifikativ) zeigt im Zusammenhang mit der politischen Partizipation ein ambivalentes Bild.

Abschließend soll mit Hilfe einer vom Milieuansatz inspirierten Auswertungsstrategie (Vester u. a. 2001) der komplexe Prozess der kulturellen Integration am Beispiel der Identifikation mit Österreich näher betrachtet werden. Dies wird in drei auswertungstechnischen Schritte geleistet: Zunächst werden die interessierenden Einstellungsvariablen einer Faktorenanalyse unterzogen. Diese dient dazu, Zusammenhänge zwischen den Variablen zu identifizieren. Anschließend werden die Befragten entlang derselben Variablen zu möglichst homogenen Gruppen zusammengefasst – rechnerisch wird das mittels einer Clusteranalyse erreicht. Die Zusammensetzung der so entstandenen Cluster wird im letzten Schritt im Hinblick auf für wichtig erachtete Variablen näher untersucht – im vorliegenden Fall vor allem Aufenthalt, Generationenzugehörigkeit und Lebenslage.

6. Muster des identifikativen Bezugs zu Österreich bzw. zur Türkei

Die Entwicklung eines identifikativen Bezugs zur Aufnahmegesellschaft gilt gemeinhin als fortgeschrittenes Stadium des Integrationsprozesses. Um den identifikativen Bezug zu Österreich festzustellen, wurden sieben Einstellungsitems konstruiert – die Befragten konnten sich jeweils auf einer fünfstufigen Skala (1 = trifft gar nicht zu, 5 = trifft sehr zu) einordnen. Die Items sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Im ersten Auswertungsschritt wurde mit diesen Variablen eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Diese dient dazu, Zusammenhänge zwischen mehreren Variablen zu identifizieren, indem aus diesen Merkmalen wenige latente Faktoren extrahiert werden, die voneinander unabhängig sind und möglichst viel der ursprünglichen Information enthalten. Im vorliegenden Fall wird mit einem Zweifaktorenmodell das beste Ergebnis erzielt. Die Faktorwerte in Tabelle 2 zeigen die Korrelation der einzelnen Merkmale mit dem jeweiligen Faktor.

Der erste Faktor steht inhaltlich wohl für den identifikativen Bezug – bzw. umgekehrt für die Rückkehrorientierung. Der zweite drückt soziale Distanz aus, wobei interessanterweise die perzipierte Distanzierung von Seiten der ÖsterreicherInnen mit der Wahrnehmung einer sozioökonomischen Distanz im Sinne finanzieller Hürden einhergeht. Die Traditionspflege korreliert stärker mit der sozialen Distanz, sie wird allerdings aus inhaltlichen Gründen separat verwendet bzw. ausgewiesen.

Tabelle 2: Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse für die Identifikations-Items

Einstellungssitem	Faktor 1	Faktor 2
Irgendwie fühle ich mich in Österreich fremd	-0,616	
Ich will auch in Zukunft auf jeden Fall in Österreich bleiben	0,756	
Manchmal denke ich mir, in der Türkei wäre ich besser dran	-0,709	
Ich fühle mich in Österreich richtig zuhause	0,777	
Manchmal habe ich das Gefühl, in Österreich finanziell nicht mithalten zu können		0,774
ÖsterreicherInnen begegnen mir in der Regel kalt		0,868
In meiner Umgebung legen wir Wert darauf, Traditionen aus der Türkei auch in Österreich zu pflegen		0,400
erklärte Varianz	30,4	23,91
... kumuliert		54,31

Quelle: Horvath (2005), 122–124

Anmerkung: Die Faktorwerte haben alle Mittelwert Null und nehmen normalerweise Werte zwischen -1 und $+1$ an, das Vorzeichen zeigt die Richtung des Zusammenhangs an. Die erklärte Varianz ist ein Indikator dafür, wie viel Information aus den ursprünglich sieben Variablen sich in den Faktoren widerspiegelt. Würde nur mit den beiden extrahierten Faktoren weiter gerechnet, blieben demnach 54,31 Prozent der ursprünglichen Information erhalten. Das ist ein eher niedriger Wert, in den Sozialwissenschaften sind Werte dieser Größenordnung aber üblich.

Im vorliegenden Fall ist die Hauptkomponentenanalyse nicht das eigentliche Ziel der Auswertung – sie soll nur eine Idee von der inhaltlichen Bedeutung der einzelnen Variablen und verschiedener Variablenkombinationen vermitteln.

Der zweite Auswertungsschritt besteht in der Durchführung einer Clusteranalyse mit denselben Variablen. Die Clusteranalyse dient dazu, die Befragten im Hinblick auf die untersuchten Variablen zu möglichst einheitlichen und sich voneinander möglichst unterscheidenden Gruppen zusammenzufassen. Im vorliegenden Fall wird also versucht, jene Personen zu gruppieren, die auf die oben angeführten Items ähnlich geantwortet haben.¹⁰

Die höchste Aussagekraft scheint dabei eine Dreiteilung der Stichprobe zu haben. Tabelle 3 (folgende Seite) veranschaulicht schematisch die typischen Antwortmuster dieser drei Gruppen für die untersuchten Items. Die Ergebnisse aus Schritt 1 können jetzt zur inhaltlichen Interpretation herangezogen werden – in den Clustern spiegeln sich die in der Hauptkomponentenanalyse festgestellten Strukturen wider.

Bei den ersten vier Items – als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse mit »Rückkehrorientierung« bzw. »identifikativer Bezug« bezeichnet – zeigen Cluster 2 und Cluster 3 gegenläufige Antwortmuster. Im Cluster 1 ist kein Muster zu erkennen. Dagegen grenzt sich Cluster 1 gegenüber Cluster 2 bei den Items »finanziell nicht mithalten

¹⁰ Es gibt zahlreiche unterschiedliche Cluster-Verfahren, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen können. In diesem Fall kam das in SPSS implementierte »two-step-clustering« zur Anwendung. Zur Kontrolle wurden auch andere Verfahren verwendet, die ähnliche Ergebnisse brachten.

Tabelle 3: Einstellungsisems nach Identifikations-Clustern

Einstellungsisem	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Faktor 1			
Irgendwie fühle ich mich in Österreich fremd	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Ich will auch in Zukunft auf jeden Fall in Österreich bleiben	unentschieden	Zustimmung	Ablehnung
Manchmal denke ich mir, in der Türkei wäre ich besser dran	unentschieden	Ablehnung	Zustimmung
Ich fühle mich in Österreich richtig zuhause	unentschieden	Zustimmung	Ablehnung
Faktor 2			
Manchmal habe ich das Gefühl, in Österreich finanziell nicht mithalten zu können	Zustimmung	Ablehnung	unentschieden
ÖsterreicherInnen begegnen mir in der Regel kalt	Zustimmung	Ablehnung	unentschieden
In meiner Umgebung legen wir Wert darauf, Traditionen aus der Türkei auch in Österreich zu pflegen	unentschieden	unentschieden	unentschieden
Gewählte Bezeichnung	»sozial Distanzierte«	»Integrierte«	»Türkei-orientierte«

Quelle: Horvath (2005), 147–148

können« und »ÖsterreicherInnen begegnen mir in der Regel kalt« deutlich ab – diese gelten zusammen als Indikatoren für »soziale Distanz«. Im dritten Cluster ist kein Muster erkennbar. Die Traditionspflege spielt in allen Clustern eine relativ wichtige Rolle. Cluster 1 ist mit einem Anteil von 38 Prozent in der Stichprobe am stärksten vertreten. Es folgen Cluster 3 mit 33 Prozent und Cluster 2 mit knapp 30 Prozent.

Im Folgenden werden die Befragten im ersten Cluster als »sozial Distanzierte« bezeichnet, die Personen im dritten Cluster sind die »Türkeiorientierten«. Für Cluster 2 wird »Integrierte« als Bezeichnung gewählt.

Der dritte Auswertungsschritt besteht darin, die Cluster auf ihre Zusammensetzung hinsichtlich der für wesentlich gehaltenen Merkmale zu untersuchen. In welchen Clustern finden sich erste und zweite Generation vorwiegend wieder? Wie setzen sich die Cluster im Hinblick auf Variablen der sozioökonomischen Exklusion zusammen? Es zeigen sich drei Faktoren, die die Form des identikativen Bezugs beeinflussen – Generationenzugehörigkeit, Zeitpunkt der Zuwanderung und Lebenslage.

7. Determinanten der Identifikationsmuster: Generationen-, Perioden- und Lebenslageneffekt

Die Befragten mit dem stärksten identikativen Bezug sind die als »Integrierte« Bezeichneten (Cluster 2). Sie sind zu drei Viertel Angehörige der zweiten Generation. Der gesamte Cluster weist die spezifischen, teilweise weiter oben dargestellten Merk-

male der zweiten Generation auf: stärkere Integration über Sozialkontakte, höhere formale Bildungsabschlüsse und Konzentration auf FacharbeiterInnen- und Angestelltentätigkeiten. Dabei wirken sich sowohl die Generationenzugehörigkeit als auch die Lebenslage aus; je besser die Lebenslage, desto eher finden sich Angehörige der zweiten Generation in diesem Cluster. Gleichzeitig wird die Widersprüchlichkeit des Integrationsverlaufs offensichtlich: Cluster 2 zeigt – trotz des stärksten identifikativen Bezugs – ein deutlich unterdurchschnittliches Interesse an österreichischer Politik, wie in Kapitel 5.3 generell für die zweite Generation diagnostiziert wurde.

Angehörige der ersten und eineinhalbten Generation finden sich hingegen selten – allenfalls bei entsprechend guter Lebenssituation – in Cluster 2. Der Rest spaltet sich etwa gleich auf den ersten (»sozial Distanzierte«) und dritten Cluster (»Türkeiorientierte«) auf. Ob die Befragten der ersten Generation in den ersten oder in den dritten Cluster fallen, hat unter anderem mit dem Zeitpunkt der Migration zu tun. Wer später eingereist ist, weist mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Rückkehrorientierung auf – die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Österreich ist bei den Türkeiorientierten um drei Jahre geringer als bei den sozial Distanzierten. Es ist also ein »Periodeneffekt« festzustellen, wobei 1989 als Schnittstelle – Beginn der starken Neuzuwanderung – gelten kann.

Der Periodeneffekt wird dadurch verstärkt, dass die sozioökonomische Lage der bereits länger Ansässigen schlechter ist als jene der nach 1989 eingewanderten Befragten. Die Lebenslage wirkt sich entscheidend auf wahrgenommene soziale Distanz und damit auf die Clusterzugehörigkeit aus. Das durchschnittliche Einkommen ist im ersten Cluster um fast 100 Euro (und damit um rund 10 Prozentpunkte) niedriger als im dritten. Grund dafür ist der Berufsstatus: HilfsarbeiterInnen fallen zu 44 Prozent in den ersten, zu 33 Prozent in den dritten und zu 22 Prozent in den zweiten Cluster. Ähnliches lässt sich für die Beschäftigungssicherheit feststellen: Die Hälfte der sozial Distanzierten war in den vergangenen fünf Jahren zumindest einmal arbeitslos. Unter den Türkeiorientierten trifft das auf 39 Prozent, unter den Integrierten auf 26 Prozent zu. Wer seinen Arbeitsplatz für unsicher hält, fällt dementsprechend ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit in den ersten Cluster (der Anteil beträgt 63 Prozent). Die Türkeiorientierten schätzen ihre Anstellung weniger häufig als unsicher ein (49 Prozent), unter den Integrierten gilt dies nur für 22 Prozent.

Dass jene, die nach 1989 eingewandert sind, bessere Lebensumstände genießen, liegt hauptsächlich an ihrer Qualifikation. Alle diese Befragten weisen eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung auf. Folglich beträgt bei den Türkeiorientierten der Anteil der MaturantInnen oder Universitäts-AbsolventInnen 56 Prozent, bei den sozial Distanzierten beträgt der Vergleichswert 25 Prozent, bei den Integrierten – größtenteils zweite Generation – 34 Prozent.

Um das Bild abzurunden: Sozial Distanzierte haben häufiger Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen zurecht zu kommen. Niemand, der mit seinem Einkommen sehr gut auskommt, zählt zum Cluster der sozial Distanzierten – dagegen sind 60 Prozent jener Personengruppe unter den Integrierten zu finden.

Wie stark und in welcher Form sich Menschen mit Migrationshintergrund mit Österreich identifizieren, hängt insgesamt von vielfältigen, miteinander in Wechsel-

wirkung stehenden Faktoren ab. Als wesentliche Ursachenbündel haben sich in der Auswertung die sozioökonomischen Lebensumstände (Lebenslageneffekt), die Generationenzugehörigkeit (Generationeneffekt) sowie die zeitlichen Rahmenbedingungen der Migration (Periodeneffekt) herauskristallisiert. Für den Zusammenhang von sozioökonomischer Exklusion und soziokultureller Integration kann daraus geschlossen werden, dass erstere sich deutlich auf letztere auswirkt; Stärke und Form dieses Einflusses hängen aber ihrerseits wiederum von zahlreichen Faktoren ab. Für andere Bereiche der Integration lassen sich ähnlich komplexe Wirkungszusammenhänge vermuten (Horvath 2005, 142 – 150).

8. Schlussbemerkung

Der Artikel ist auf Basis einer Untersuchung von TürkInnen in der niederösterreichischen Gemeinde Ternitz der Frage nach den sozioökonomischen und soziokulturellen Folgewirkungen der Gastarbeit der 1960er- und 1970er-Jahre nachgegangen. Es zeigt sich, dass die Lebenslage von Ternitzer TürkInnen bis heute deutlich von der Gastarbeit und der Funktion der ArbeitsmigrantInnen im Wirtschaftsprozess geprägt ist. Speziell für die beiden Folgegenerationen (eineinhalbte und zweite Generation) stellt sich die Frage nach einem Ausweg aus der prekären Arbeitsmarkt- und Lebenssituation. Dem Zugang zum Bildungssystem dürfte dabei die Schlüsselrolle zukommen – der oft betonte Spracherwerb scheint zwar eine notwendige, bei weitem aber keine hinreichende Bedingung für eine Statusverbesserung in Österreich zu sein.

Schon für einen überschaubaren Ort wie Ternitz hat sich gezeigt, dass die komplexe strukturelle Einbettung der Arbeitsmigration in die Aufnahmegesellschaft keine einfachen Erklärungsmodelle für den Zusammenhang von sozioökonomischen und soziokulturellen Problemdimensionen zulässt. Verschiedene miteinander in Wechselwirkung stehende Faktoren sind zu berücksichtigen. Die Identifikation mit Österreich wird von drei wesentlichen Determinanten bestimmt: Lebenslage, Generationenzugehörigkeit und Zeitpunkt (und damit Rahmenbedingungen) der Migration.

Die geringe Statusverbesserung von MigrantInnen hat vielfältige Konsequenzen. Vor dem Hintergrund fehlender positiver Partizipationsangebote können sinkendes Interesse an Politik und nachlassende Bereitschaft zu politischem Engagement die Folge sein – wie in Ternitz im Vergleich der ersten und zweiten Generation klar zu diagnostizieren ist. Damit verringern sich letztlich auch die Möglichkeiten, unter aktiver Beteiligung der Betroffenen an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen zu arbeiten.

Letztlich scheint der Fokus auf Eingliederung und Anpassung als Ziel von Politik wie Sozialforschung zu einer verengten Problemwahrnehmung zu führen. Aus dem Blickwinkel der sozialen Ungleichheit betrachtet, stellt sich demgegenüber erstens die Frage nach gesamtgesellschaftlichen Ursachenkonstellationen und zweitens nach den Möglichkeiten, tatsächliche Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu erreichen.

Weitere vergleichende Untersuchungen könnten wesentlich dazu beitragen, das Wechselverhältnis von sozioökonomischer Exklusion und soziokultureller Integration näher zu beleuchten sowie neue Probleme und Fragestellungen zu identifizieren.

Literatur

- AK-NÖ (Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich) (2003) *Einkommensanalyse 2003. Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen*. Wien.
- Bauböck, Rainer (1996) »Nach Rasse und Sprache verschieden«. *Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute*. Reihe Politikwissenschaft, Nr. 31. Institut für Höhere Studien. Wien, verfügbar unter: http://space.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf, 19. 2. 2006.
- Bauböck, Rainer (2001) *Gleichheit, Vielfalt und Zusammenarbeit – Grundsätze für die Integration von Einwanderern*. In: Bauböck, Rainer/ Volf, Patrik (Hg.) *Wege zu Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann*. Klagenfurt, 11 – 44.
- Beceren, Gülay/ Hofinger, Veronika (2004) *Feindbilder, Schreckgespenster und unsichtbare Zäune*. In: Eder, Anselm (Hg.) *Die Region Schwarzatal. Vom Industriestandort zum »Center of Excellence« – eine soziographische Analyse von Entwicklungsfaktoren*. Bericht zum Forschungspraktikum (WS 2003/ 2004) am Institut für Soziologie der Universität Wien, 85 – 92.
- Beiwil, Constantin u. a. (1995) *Emotionale Zugehörigkeit und berufliche Perspektive »serbokroatischer« und türkischer Jugendlichen in Wien – im Vergleich mit österreichischen Jugendlichen ähnlicher sozialer Schicht*. Wien.
- Berger, Hartwig (1990) *Vom Klassenkampf zum Kulturkonflikt. Wandlungen und Wendungen der westdeutschen Migrationsforschung*. In: Dittrich, Eckhard/ Radtke, Frank-Olaf (Hg.) *Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten*. Opladen, 119 – 138.
- Biffl, Gudrun (2003) *Mobilitäts- und Verdrängungsprozesse auf dem österreichischen Arbeitsmarkt: Die Situation der unselbstständig beschäftigten AusländerInnen*. In: Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (HgInnen) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen*. Klagenfurt, 62 – 77.
- Biffl, Gudrun/ Bock-Schappelwein, Julia (2003) *Soziale Mobilität durch Bildung? – Das Bildungsverhalten von MigrantInnen*. In: Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (HgInnen) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen*. Klagenfurt, 120 – 130.
- Eder, Anselm (Hg.) (2004) *Die Region Schwarzatal. Vom Industriestandort zum »Center of Excellence« – eine soziographische Analyse von Entwicklungsfaktoren*. Bericht zum Forschungspraktikum (WS 2003/ 04) am Institut für Soziologie der Universität Wien.
- Esser, Hartmut (1980) *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten*. Darmstadt.
- Esser, Hartmut (2006) *Migration, Sprache und Integration. Bericht für die Arbeitsstelle »Kulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration« (AKI) beim Wissenschaftszentrum Berlin*. Frankfurt a. M./ New York (im Erscheinen).
- Esser, Hartmut u. a. (1979) *Arbeitsmigration und Integration. Sozialwissenschaftliche Grundlagen*. Königstein, Ts.
- Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (HgInnen) (2003) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen*. Klagenfurt.
- Förster, Michael/ Heitzmann, Karin (2003) *Einkommen und Armutsgefährdung von MigrantInnen in Österreich*. In: Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (HgInnen) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen*. Klagenfurt, 78 – 86.
- Gächter, August (1992) *(Un)ordentliche Beschäftigungspolitik. Wie das Phänomen Einwanderung zur Substitution und Flexibilisierung der Arbeitskraft beiträgt*. In: Prader, Thomas (Hg.) *Moderne Sklaven. Asyl- und Migrationspolitik in Österreich*. Wien, 48 – 69.
- Gallie, Duncan/ Paugam, Serge (2002) *Social Precarity and Social Integration*. Report for the European Commission Based on Eurobarometer 56.1. European Opinion Research Group EEIG. Brussels.
- Hämmig, Oliver (2000) *Zwischen zwei Kulturen. Spannungen, Konflikte und ihre Bewältigung bei der zweiten Ausländergeneration*. Opladen.
- Harather, René (1998) *Die Geschichte der Region und Stadt Ternitz von den Anfängen bis zur Gegenwart. Unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Aspekte*. Ternitz.
- Herzog-Punzenberger, Barbara (2003) *Die »2. Generation« an zweiter Stelle? Soziale Mobilität*

- und ethnische Segmentation in Österreich – eine Bestandsaufnahme. Forschungsbericht für den Integrationsfonds der Gemeinde Wien.
- Horvath, Kenneth (2005) *Die Spuren der Gastarbeit. Sozioökonomische Exklusion und soziokulturelle Integration am Beispiel von TürkInnen in Ternitz*. Diplomarbeit an der Universität Wien.
- IKF (Institut für Konfliktforschung)/ IFES (Institut für empirische Sozialforschung) (2005) *Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft. Strategien und Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus*. Forschungsbericht. Wien.
- Kohlbacher, Josef/ Reeger, Ursula (2003) *Die Wohnsituation von AusländerInnen in Österreich*. In: Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (HgInnen) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt, 87–108.
- Million, Astrid (1998) *Die Entwicklung des Dienstleistungssektors und des Einzelhandels der Stahlstadt Ternitz unter besonderer Berücksichtigung der zukünftigen Zentrenstruktur*. Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Münz, Rainer u. a. (2003) *Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung*. In: Fassmann, Heinz/ Stacher, Irene (HgInnen) *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt, 20–61.
- Parnreiter, Christof (1992) *... alle Arbeitskräfte des Erdrunds. Über den Import ausländischer Arbeitskräfte nach Österreich und ihren Nutzen für die Wirtschaft*. In: Prader, Thomas (Hg.) *Moderne Sklaven. Asyl- und Migrationspolitik in Österreich*. Wien, 70–91.
- Parnreiter, Christof (1994) *Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaft*. Wien.
- Perching, Bernhard (2001) *Einwanderung und Integrationspolitik in Europa*. In: Forum Politische Bildung (Hg.) *Dazu gehören? Fremdenfeindlichkeit, Migration, Integration*. Innsbruck/ Wien, 139–143.
- Prader, Thomas (Hg.) (1992) *Moderne Sklaven. Asyl- und Migrationspolitik in Österreich*. Wien.
- Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.) (2006) *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München (2004)*. Frankfurt a. M./ New York.
- Scherz, Elke (2001) *Die Entwicklung der altindustriellen Stahlstadt Ternitz zu einem Zentrum für Informationstechnologie*. Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Tötzer, Tanja (1998) *Industriestadt Ternitz. Chancen für eine nachhaltige Entwicklung*. Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Treibel, Annette (1999) *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*. Weinheim/ München.
- Vester, Michael u. a. (2001) *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt a. M.
- Zolberg, Aristide (1991) *Bounded States in a Global Market. The Uses of International Labor Migration*. In: Bourdieu, Pierre/ Coleman, James S. (eds.) *Social Theory for a Changing Society*. Boulder/ Oxford, 301–335.

Kontakt:

kenneth.horvath@statistik.gv.at